



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/120 - 28. Mai 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-38
Fernschreiber 0 895 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Nach der 5. Kommunalpolitischen Konferenz der SPD in Kassel	S. 1
Die USA und die westdeutsche Aufrüstung	S. 3
Bonn und Indonesien	S. 5
Gibt Pankow alle politischen Gefangenen frei?	S. 6

Kassel im Auftakt der Kommunalwahlen.

RD. Als Politik von der Kirchturmspitze aus - und mit dem Unterton, jene, die sie betreiben, vermöchten nicht über den Bereich ihres Kirchturms hinauszusehen - wird die Kommunalpolitik oftmals geringschätzig bewertet. Dieses Urteil muss oberflächlich erscheinen, wenn man sich die Wiederaufbauleistungen der Gemeinden in der Nachkriegszeit vor Augen hält, ohne die auch der wirtschaftliche Wiederaufstieg, wegen Mangel an Wohnungen, an Verkehrs- und Versorgungseinrichtungen (Gas, Wasser, Strom, Schulen, Krankenhäuser) nicht möglich geworden wäre. Diese Wiederaufbauleistungen haben sich oft in der Stille vollzogen und unter der Erde dem Blick entzogen, und damit der würdigenden Bemerkung. Bei all diesen Aufgaben haben die Kommunen nicht immer die notwendige gesetzliche finanzielle Hilfe gefunden, ja, manchmal nicht das notwendige Verständnis, deren sie bei den Ländern und beim Bund bedurft hätten. Gerade hier hat man manchmal wirklich nur die Kirchturmspitze gesehen, und nicht das, was unmittelbar darunter liegt, und so fällt der Vorwurf der Kirchturmspolitik abgewandelt auf jene zurück, denen nicht die unmittelbare wirtschaftliche, soziale und kulturelle Versorgung, wie sie im Aufgabebereich der Gemeinden liegt, am Herzen lag.

Gerade in diesem Bereich aber, in der unmittelbar einzusehenden demokratischen Selbstverwaltung der Bürger, hat die Sozialdemokratie ihre politische Domäne. Bekanntlich stellt die SPD in den 135 westdeutschen Städten, die Mitglieder des Deutschen Städtetages sind, -2-

56 Oberbürgermeister und 59 Stellvertreter, gegen 31 Oberbürgermeister und 32 Stellvertreter der CDU, 7/13 der CSU und 9/15 der FDP. Das unterstreicht die führende Stellung der SPD in der Kommunalpolitik, erklärt ihre besondere Aufgeschlossenheit für kommunalpolitische Probleme und die Bedeutung der kommunalpolitischen Tagungen der SPD, deren 5. jetzt in Kassel abgehalten wurde. Rund 800 Vertreter der Gemeinden, Städte und Kreise hatten sich hier getroffen, um die dringendsten Probleme zu beraten.

Öffentliche Versorgung im Vordergrund

In einer Zeit, die sich anscheinend der Restauration privaten Besitzes verschrieben hat und in der oft gedankenlos der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand der Kampf angesagt wird, lag naturgemäß einer der Akzente dieser Tagung im Bereich der öffentlichen Versorgung. Selbst den eifrigsten Befürwortern der Privatisierung würde sicher ein Grausen ankommen, bei der Vorstellung, in der Versorgung mit Strom, Gas, Wasser usw. von der Gunst und der Preiswillkür eines privaten Unternehmers abhängig zu sein. Es ist kaum zweifelhaft, dass die Tarife dieser Versorgungsleistungen der Kommunen, trotz der steigenden Kostenbelastung durch die weiträumige Bauweise unserer Zeit, nach durchaus sozialen Gesichtspunkten gestaltet worden sind.

Den steigenden Anforderungen und Kosten, die sich den Gemeinden stellen, haben die Möglichkeiten ihrer Finanzierung nicht entsprochen und die Gesetzgebung bisher kaum Rechnung getragen. Die Untätigkeit, ja zum Teil Unwilligkeit einer der Kommunalpolitik förderlichen Regelung der Probleme im Wege der Bundesgesetzgebung hat den Kommunen besondere Schwierigkeiten bereitet. So konnten sehr kritische Bemerkungen zur Inaktivität der Bundesregierung nicht ausbleiben, doch beherrschten sie keineswegs das Bild. Im Gegenteil, wie immer bei Kommunalpolitikern, war ihr Blick auf die Aufgaben und deren Bedingungen gerichtet, unter denen sie künftig zu erfüllen sind, und daraus ergaben sich ihre konkreten Forderungen.

Den Gemeinden muss die Finanzierung ihrer vorrangigsten Aufgaben möglich sein. Dazu gehört, neben einer notwendigen Entschuldungsaktion für die Gemeinden durch den Bund, vor allem der Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern, Gemeinden. Er ist immer dringlicher geworden. Die Belastung der Gemeinden mit neuen öffentlichen Aufgaben, wie sie die - 2a-

kommende Sozialreform mit Sicherheit bringen wird, und das Nachziehen der bisher im Wiederaufbau vernachlässigten kulturellen Aufgaben der Gemeinden, ist ohne die Bereitstellung finanzieller Mittel unvertretbar.

Sorgen wegen der Kreditpolitik der BdL

Der wirtschaftlichen Betätigung in der öffentlichen Versorgung - auch der künftigen Versorgung mit Kernenergie - dürfen keine hinderlichen Grenzen gezogen werden. Die Veräusserung oder privatkapitalistische Überfremdung kommunaler Versorgungsbetriebe wird als unvertretbar abgelehnt und für deren Ausbau und Neubau gerade wegen ihrer sozialen und volkswirtschaftlichen Schlüsselstellung und Kapitalintensität die Bereitstellung zinsgünstiger langfristiger Kredite gefordert. Besondere Sorge bewegt die Kommunalpolitiker über die kreditpolitischen Maßnahmen der BdL und die konjunkturpolitischen Erwägungen der Koalitionsparteien (Einschränkung der Investitionen der öffentlichen Hand, bei Förderung der privaten Investitionen.)

Vom Gesetzgeber wird ausdrücklich verlangt: Die Neuordnung des Energierechtes; ein wasserwirtschaftliches Rahmengesetz, das dem naturgegebenen Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung Rechnung trägt; ein Raumordnungs-Gesetz, das eine weiträumige wirtschaftliche und soziale Städteplanung ermöglicht; ein Bundesbaugesetz, in dem die Sozialgebundenheit des Eigentums Vorrang erhält; die Abschöpfung der Bodenwertsteigerungen und schliesslich ein sozialeres Wohnungsbaugesetz als das Familien-Heim-Gesetz, um auch künftig den Wohnungsbau für wirtschaftlich Schwache möglich zu machen.

So weit der Bogen der behandelten Probleme und Forderungen dieser Tagung auch gespannt war, er schöpft die kommunalen Tagesfragen nicht aus, mit deren Schwierigkeiten die Delegierten dieser Tagung in ihrer täglichen demokratischen und sozialen Fürsorge für das Wohl ihrer Gemeinde zu ringen haben. Sie hat jedoch den Kommunalpolitikern für ihre Arbeit, und den Gesetzgebern für die ihrige, eine Fülle von Anregungen und so für den bevorstehenden Kommunalwahlkampf Material und Auftakt gegeben.

Hintergründe der neuen Amerikareise des Bundeskanzlers

H. S., New York, Ende Mai

Bundeskanzler Adenauer wird am 9. Juni zu einem Aufenthalt von einer Woche in den Vereinigten Staaten in New York ankommen, - seiner bisher vierten Reise in die USA. Auch dieses Mal wird er mit akademischen Ehrungen heimkehren: gleich zwei amerikanische Universitäten, Yale und Marquette, werden ihm den Ehrendoktor-Hut verleihen, womit er seine Sammlung amerikanischer Doktorhüte auf insgesamt sechs vermehren kann. Aber im eigentlichen Mittelpunkt seines Aufenthaltes in der Neuen Welt werden selbstverständlich nicht die öffentlichen Ehrungen und auch nicht seine Ansprachen bei verschiedenen Banketten stehen, sondern seine Beratungen mit Präsident Eisenhower und Staatssekretär Dulles.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass über die Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik letzthin ein Schatten gefallen ist, der die idyllischen Freundschaftsbindungen zwischen Washington und Bonn ein wenig getrübt hat. Man soll nicht dramatisieren, aber es ist eine Tatsache, dass die Regierung^{en} beider Länder ernste und dringende Probleme miteinander zu besprechen und, wenn möglich, zu bereinigen haben.

Abrüstung und Wiedervereinigung

Um es gleich zu sagen: die amerikanisch-deutschen Beziehungen und ihre politische Linie drohen im Dschungel der Abrüstungswirren verloren zu gehen. Was während der Londoner Beratungen der UNO-Abrüstungskommission jedermann in Deutschland warnend prophezeite, dass nämlich die Grossmächte ein Abrüstungsschema unter sich ausarbeiten und dabei die Wiedervereinigung Deutschlands - ursprünglich in sinnvollem Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage verkoppelt - vollständig vergessen werden: diese Befürchtung ist heute eingetroffen, wenn auch auf einigen merkwürdigen Umwegen. Die Abrüstungskommission der "Vereinten Nationen" ist einstweilen gescheitert, ihre verschiedenen Projekte wurden bald vom Osten und bald vom Westen abgelehnt, Durch die russische Ankündigung, die Truppenstärke beträchtlich zu vermindern, ist wenigstens die teilweise Begrenzung der Rüstungen eine politische Realität geworden. Die Engländer haben bereits seit dem Ende des koreanischen Krieges eine Politik der allmählichen langsamen Truppenreduktion innegehalten.

Gewiss, diese einseitige Rüstungsbeschränkung der Grossmächte, -4-

unkontrolliert und ohne gleichzeitige Reduktion der Rüstungsindustrie vor allem auf atomischen Gebiet, ist weniger erfreulich als eine planmässig vereinbarte und international kontrollierte Abrüstung unter der Aufsicht der Weltorganisation. Solange man jedoch nicht nachweisen kann, dass die Russen nur Propagandareden halten und in Wirklichkeit keinen einzigen Soldaten demobil machen, lässt es sich nicht leugnen, dass eine Senkung der "Rüstungsplafonds" heute tatsächlich auf der Welt eintritt, - und das ist immerhin erfreulicher als das bisherige fieberhafte Aufrüsten. Aber was wird bei alledem aus dem deutschen Verteidigungsbeitrag für die westliche Allianz? Soll, wenn alle Welt abrüstet, die Deutsche Bundesrepublik allein aufrüsten? Hat nicht die Kehrtwendung in Richtung auf eine allgemeine, wenn auch in Einzelheiten noch so unbefriedigende zahlenmässige Verringerung der bestehenden Truppenverbände das unelastische Festhalten am deutschen Verteidigungsbeitrag, wenn ihn auch das NATO-Oberkommando immer noch dringend fordert, weitgehend illusorisch gemacht?

Der Ballast der westdeutschen Aufrüstung

Das ist heute in der Tat die dominierende Frage geworden. Man muss sich daran erinnern, dass etwa der französische Delegierte in der Abrüstungskommission, Jules Moch, der nie ein grosser Freund des deutschen Rüstungsbeitrages war, jahrelang die Theorie vertrat, dass man das kitzlige Problem der westdeutschen Divisionen dadurch umgehen sollte, dass die Deutschland umgebenden Staaten, im Osten wie im Westen, abrüsteten. Man würde dann, nach Mochs Theorie, sowohl dem normalen Sicherheitsbedürfnis Deutschlands, als auch der Entspannung in Europa und nicht zuletzt der Erleichterung der Wiedervereinigung dienen. Indirekt ist es nun soweit gekommen, und so stehen die Regierungen von Bonn und Washington unausweichbar vor der harten Frage: Soll Bonn aufrüsten, wenn alles andere abrüstet oder wenigstens die Aufrüstung bremst? Ist es nicht naheliegend, wenn in dieser neuen Lage manch ein Engländer oder Holländer oder Franzose, der gestern noch den deutschen Beitrag zur NATO für notwendig und richtig hielt, heute darüber anders denkt?

Es sind also höchst grundsätzliche und geradezu entscheidende Dinge, die heute für die künftige Orientierung deutscher Politik, wie auch die Politik der Amerikaner und der ganzen übrigen westlichen Staatengruppe, zur Debatte stehen - und man darf annehmen, dass der Bundeskanzler in den zwei Tagen, die er Mitte Juni in Washington zubringen will, Gelegenheit findet, darüber mit den Amerikanern zu reden. * * *

Keine Zeit für Soekarno?

M.H. Hat es die Bundesrepublik eigentlich nicht mehr nötig, sich in der Welt weitere Freunde und Handelspartner zu schaffen? Diese Frage muss man stellen, wenn man hört, wie von den zuständigen Bundesdienststellen der bevorstehende Staatsbesuch ^{des} indonesischer Staatspräsidenten Soekarno in der Bundesrepublik behandelt wird.

Präsident Soekarno, Führer eines 80-Millionenvolkes, ist seit einiger Zeit Gast der Vereinigten Staaten. Er wurde dort mit grossem Aufwand empfangen. Präsident Eisenhower, der Kongress und die Bevölkerung erwiesen ihrem Gast hohe Ehren. Soekarno hatte auch Gelegenheit, vor beiden Häusern des Kongresses zu sprechen. Die amerikanischen Zeitungen berichteten auf den ersten Seiten in grosser Aufmachung über alle Einzelheiten des Besuchs, der längere Zeit dauern wird. Die Amerikaner wissen natürlich, warum sie den Präsidenten eines an Rohstoffen so reichen Landes so freundlich empfangen, eines Landes, das nach Abschüttelung der Fremdherrschaft eigene, neue Handelsbeziehungen sucht, das aufgrund seiner 72 Millionen Mohammedaner ausgesprochen anti-kommunistisch ist, wenn es auch eine betont neutrale Politik verfolgt. Weiss man das in der Bundesrepublik auch?

Von den Vereinigten Staaten reist Präsident Soekarno nach England, von wo aus er zu einem grossen Staatsbesuch nach Italien fahren wird. Vor wenigen Wochen hat nun die Bundesrepublik den indonesischen Präsidenten eingeladen, ihr auf dem Wege nach Italien einen offiziellen Staatsbesuch abzustatten. Die Einladung wurde angenommen. Das Auswärtige Amt scheint jedoch den Staatsbesuch als ziemliche Bagatelle zu behandeln. Es haben sich technische Schwierigkeiten ergeben, die einen im Interesse beider Völker liegenden harmonischen Ablauf des Staatsbesuches zu gefährden drohen. Es stellte sich jetzt heraus, dass beispielsweise sowohl der Bundespräsident wie der Kanzler in den für den Staatsbesuch vorgesehenen Tagen nicht in Bonn sein werden. Wenn man mit den freien Tagen zwischen den Staatsbesuchen in England und Italien artistisch jongliert, wird vielleicht gerade ein Tag freibleiben, an dem ein offizieller Empfang in Bonn durch Bundespräsident und Bundeskanzler möglich ist.

Man könnte sich vorstellen, dass der indonesische Präsident und das indonesische Volk bei einem Vergleich des grossartigen mehrwöchigen Besuches in der Vereinigten Staaten und des - nach den Vorbereitungen

zu schliessender - glanzvollen Empfangs in Italien mit der Stippvisite in der Bundesrepublik zu dem Schluss kommen müssen, dass die Bundesrepublik an freundschaftlichen Beziehungen zu Indonesien nur wenig interessiert ist.

Man muss sich überhaupt fragen, ob die deutsche Aussen- und Handelspolitik den Fernen Osten nicht zu sehr vernachlässigt. In Indonesien ist Deutsch normales Unterrichtsfach in den höheren Schulen. Deutschland besitzt, da nicht mit kolonialer Tradition belastet, ein bedeutendes moralisches Plus und steht bei allen Indonesiern in hohem Ansehen. Man kann, ohne zu übertreiben, sagen, dass augenblicklich kein westliches Volk so gute Chancen hat, mit Indonesien in fruchtbare Handelsbeziehungen zu kommen, wie das deutsche. Sollte man nicht von deutscher Seite aus "auf lange Sicht" handeln? In einigen Jahren dürfte es für uns zu spät sein. Wenn so kühl rechnende Geschäftsleute, wie die Amerikaner, und so nüchterne Politiker wie die Sowjets heute sich in Gunstbezeugungen gegenüber Indonesien zu überbieten versuchen, muss es sich doch wohl lohnen. Nur in der Bundesrepublik scheint man davon nicht überzeugt zu sein.

* * *

Wind aus den Segeln

KJ. Die Bundestagsdebatte, in der am 30. Mai zu den Verhältnissen in der Sowjetzone Stellung genommen werden soll, warf ihre Schatten voraus: Pankow hat vor einigen Tagen verbindlich mitgeteilt, dass es die Frage der politischen Häftlinge zu bereinigen gedenkt. Das damit verbundene Eingeständnis, Menschen aus politischen Gründen eingesperrt zu haben, wirkt fast sensationell - selbst wenn es mit der Einschränkung verbunden wurde, dass in den meisten Fällen trotz "politischer Motive kriminelle Tatbestände" vorlägen. Bisher hatte die Sowjetzonenregierung streng an der Lesart festgehalten, dass es nur Agenten, Spione und Saboteure gäbe, die man eventuell begnadigen, nicht aber rehabilitieren könne. Das war noch der Tenor bei den 88 Entlassungen vom 27. April.

Über den "Ausschuss für deutsche Einheit" sichert nun Pankow die Überprüfung aller Urteile zu, die "infolge der politischen Spannungen" verhängt worden sind. Dabei überrascht einigermaßen, dass nicht - 7 -

im gleichen Atemzug irgendwelche Gegengaben gefordert werden: die Auflösung der Ostbüros, Freilassung der politischen Häftlinge in der Bundesrepublik, Verhandlungen "an einem Tisch". Ausschussektretär Girnus stellte die Dinge vielmehr so hin, als ob die Entlassung aller Sowjetzonen-Häftlinge längst beschlossene Sache sei und es jetzt ganz an der Bundesregierung läge, auch irgendetwas für die Entspannung zu tun. Man wird lediglich nach Bonn eine Liste mit den Namen von angeblich politischen Häftlingen geben und deren Entlassung der Bundesregierung anheimstellen. Nach der Anzahl der politischen West-Häftlinge befragt, bemerkte Girnus ausweichend: "So zwischen hundert und hunderttausend." Und er tat gut daran, denn mit den paar Dutzend, nach rechtsstaatlichen Grundsätzen Verurteilten, kann die SED keinen Staat machen. Der von der CDU nicht gebilligte (und jetzt auch von der Bundesregierung abgewiesene) Vorschlag Ernst Lemmers' über einen Gefangenen austausch wurde kaum der Erwähnung würdig befunden.

Während seit Jahr und Tag die Frage der politischen Sowjetzonenhäftlinge in der Bundesrepublik oft mehr Gegenstand der Antisowjet-Propaganda war als wirkliche Hilfestellung für die Eingekerkerten, hat sich die Sozialdemokratische Partei um eine echte Lösung bemüht: neben der materiellen Unterstützung für Häftlinge und Angehörige forderte sie seit jeher die bedingungslose Freilassung, unterlegt mit sachlichen Beweisen für die Unrechtmässigkeit der Verurteilungen. Dass Pankow jetzt endlich mit Entlassungen begonnen hat und für alle noch Eingesperreten "Überprüfung" verspricht, ist ein erster bedeutender Erfolg dieser Bemühungen. Freilich bleibt abzuwarten, welche Taten den Pankower Reden folgen werden. Vorerst muss man annehmen, dass es der Zonenregierung vor allem darauf ankommt, der kritischen Überprüfung ihrer "Einwendung zu rechtsstaatlichen Prinzipien" durch den Bundestag den heftigsten Wind aus den Segeln zu nehmen. Soviel aber ist sicher: das Schicksal der politischen Sowjetzonenflüchtlinge ist von der Tagesordnung nicht mehr abzusetzen. Die unschuldig Eingekerkerten und ihre Angehörigen dürfen hoffen.

* * *

Der "Osservatore Romano" und die Konkordatsabschlüsse

sp. Entschieden lehnt der "Osservatore Romano", das Organ des Vatikans, die Bestrebungen einiger katholischer Bischöfe in den Satellitenländern ab, die römische Kurie möge ein Konkordat mit der Sowjetunion abschliessen. Es bemerkt dazu:

"Ein Konkordat wird gewöhnlich auf Wunsch des weltlichen Teils verhandelt und beschlossen. Wenn dieser Wunsch von totalitären Ideologien und Praktiken inspiriert wird, muss er, um die Freiheit der Kirche anzuerkennen, dem eigenen Totalitarismus eine Grenze setzen."

Am 30. Mai kommt das zwischen Hitler und Rom seinerzeit abgeschlossene Reichskonkordat im Bundestag zur Sprache. War damals der Vatikan der Meinung, er könne durch dieses Konkordat dem Totalitarismus Hitlers eine Grenze setzen? Oder glaubte er, beim Nationalsozialismus handle es sich um keine totalitäre Staatsform? - - - * - - - * - - - * - - -

Verantwortlich: Peter Raunau